presse

Hunger durch bessere Entwicklungszusammenarbeit bekämpfen

Zum Welternährungstag am 16. Oktober erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sascha Raabe:

Noch immer hungern weltweit 870 Millionen Menschen. Der jüngst veröffentlichte Welthungerbericht zeigt, dass die Ernährungssituation insbesondere in vielen Ländern Afrikas nach wie vor dramatisch ist. Besonders tragisch: Oft sind es die Kleinsten, die betroffen sind. Jedes Jahr sterben 2,5 Millionen Kinder an Unterernährung. Gleichzeitig leiden in den reichen Industrieländern immer mehr Menschen an den Folgen von Übergewicht. Das macht deutlich: Es ist genug für alle da. Die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung ist zuallererst eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit – und die ist unter anderem durch die exzessiven Spekulationen mit Nahrungsmitteln in den vergangenen Jahren völlig aus den Fugen geraten. Es ist absolut inakzeptabel, dass sich Banken, Versicherungen und Fonds durch die Spekulation mit Nahrungsmitteln bereichern, während sich andernorts die Menschen aufgrund der steigenden Preise kein Essen mehr leisten können. Hier wird leichtfertig mit dem Leben von Menschen spekuliert. Dem muss durch eine strenge Regulierung Einhalt geboten werden.

Ein weiterer dringend erforderlicher Schritt im Kampf gegen den Hunger ist die Verhinderung von großflächigen Landnahmen durch Staaten und multinationale Konzerne, dem sogenannten landgrabbing, auf Kosten der Kleinbauern und der einheimischen Landwirtschaft. Der Anbau von Energiepflanzen oder von Ölpalmen für die Kosmetikindustrie darf nicht zu Lasten der Ernährungssicherheit und der Biodiversität gehen. Hier sind international verbindliche Regelungen notwendig. Leider sind die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung in diesen Fragen alles andere als ausreichend. Allein mit

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

freiwilligen Leitlinien wird man den Problemen nicht bekommen können.

Nicht zuletzt zeigen die Zahlen des Welthungerberichts auch, dass sich die deutsche Entwicklungspolitik unter Minister Niebel zu sehr auf die Förderung der Außen- und Privatwirtschaft und die Zusammenarbeit mit Mitteleinkommensländern konzentriert hat und dabei die Ärmsten der Armen vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara aus dem Blick verloren hat. In Zukunft muss sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auf jene am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren, die unsere Unterstützung am meisten brauchen. Die Millenniumsentwicklungsziele – und hier allen voran das Ziel, den Hunger in der Welt zu bekämpfen – müssen wieder in das Zentrum unserer Entwicklungspolitik rücken.